

**Bericht der
Bundesgeschäftsstelle**

CDU

Sitzung des Bundesausschusses
Dortmund, 9. Dezember 1974



<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Einleitung	2-3
Bundesparteitag	4
Bundsvorstand	5
Bundesausschuß	6-8
Präsidium	9-13
Präsidiumskontaktgespräche	13
CDU/CSU-Fraktion in der Bundesversammlung	14
Landesgeschäftsführerkonferenzen	14-15
Besprechungen mit den Geschäftsführern der Vereinigungen	15
Regionalkonferenzen	16
Hauptabteilung I	
- Abteilung Organisation	17-21
- Abteilung Verwaltung	21
- Abteilung organisatorische Sonderaufgaben	21
- Abteilung Personal	21-22
Hauptabteilung II	
- Abteilung Politik	23-36
- Abteilung Information/Dokumentation	36-37
Hauptabteilung III	
- Abteilung Medienpolitik	38-40
- Abteilung Öffentlichkeitsarbeit	41-53
Sprecher der Partei	54-55
Büro für Auswärtige Beziehungen	55-58
Justitiar	58
Planungsgruppe	58-59
Grundsatzprogrammkommission	59-60
Unternehmensrechtskommission	60
Mitgliederstatistiken	61-64

Der vorliegende Bericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle umfaßt den Zeitraum seit dem 21. Bundesparteitag in Bonn am 12.6.1973, auf dem Präsidium und Bundesvorstand der CDU neu gewählt worden sind.

Der 22. Bundesparteitag in Hamburg, auf dem die Partei grundlegende Beschlüsse faßte, brachte für die Bundesgeschäftsstelle eine Fülle umfangreicher Vorarbeiten mit sich, sowohl im sachpolitischen wie auch im organisatorischen Bereich. Die Ergebnisse des Hamburger Parteitages wurden aufgrund einer bereits vorher ausgearbeiteten Konzeption der Parteimitgliedschaft, Verbänden, den Medien und der interessierten deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Damit wurde erstmals ein Parteitag erfolgreich "nachgearbeitet".

Das Jahr 1974 war gekennzeichnet durch die überaus guten Ergebnisse für die Union bei Landtags- und Kommunalwahlen in verschiedenen Bundesländern. Sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung der jeweiligen Wahlkämpfe geschahen in enger Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden und der Bundesgeschäftsstelle. Hierbei sind zugleich Erkenntnisse gewonnen worden, die für die Wahlkämpfe des Jahres 1975 und den entscheidenden Bundestagswahlkampf 1976 von großem Nutzen sein werden.

Ihre sachpolitischen Aussagen machte die CDU im Jahre 1974 auch durch eine Reihe von Fachkongressen deutlich. Dort sind Fragen und Probleme von besonderer Dringlichkeit beraten worden. Hiermit ist es der CDU gelungen, ihre Funktion als Alternative zur SPD/FDP-Koalition sowie als problembewußte Partei darzustellen; als Partei, die in der Lage ist, Fragen nicht nur zu erkennen, sondern auch Antworten darauf zu geben.

Die überzeugende Rolle der CDU und ihre Attraktivität für die politisch interessierte deutsche Bevölkerung fand sichtbaren Ausdruck in sprunghaft ansteigenden Mitgliederzahlen. Umfangreiche Mitgliederwerbemaßnahmen in den Kreisverbänden und die

unermüdlige Arbeit unserer Mitglieder vor Ort haben diesen Erfolg gebracht. Der Bundesvorsitzende Dr. Helmut Kohl hat am 19. August 1974 in Berlin das 500.000. Mitglied der CDU begrüßt.

Die Umstrukturierung der Bundesgeschäftsstelle ist zwischenzeitlich abgeschlossen worden. Die Organisationsstruktur der Bundesgeschäftsstelle wurde damit klarer und übersichtlicher. Der Festlegung des internen Arbeitsablaufs und der jeweiligen Arbeitsschwerpunkte dienen regelmäßige Besprechungen der neu eingerichteten Geschäftsleitung (Generalsekretär, Bundesgeschäftsführer und die drei Hauptabteilungsleiter).

Die Zusammenarbeit zwischen der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie deren Instituten wurde im Berichtszeitraum erheblich verbessert.

Der Betriebsrat der CDU-Bundesgeschäftsstelle hat seine Arbeit fortgeführt. Zwischen dem Betriebsrat und der Leitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle hat sich - trotz unterschiedlicher Interessenlage und unterschiedlicher Meinungen zu Einzelfragen - die Bereitschaft zur kritischen und konstruktiven Zusammenarbeit bewährt.

Die Bundesgeschäftsstelle ist bemüht, durch weitere Verbesserung ihres Leistungsangebotes in den Bereichen Organisation, Information, sachpolitische Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit - gemeinsam mit den Vereinigungen sowie den Landes- und Kreisverbänden der Partei - die Voraussetzungen dafür auszubauen, daß die CDU Deutschlands auch in Zukunft ihre Politik erfolgreich vertreten kann.

Generalsekretär
Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf

Bundesgeschäftsführer
Karl-Heinz Bilke

Bundesparteitag

Der 22. Bundesparteitag der CDU in Hamburg vom 18. - 20. November 1973 beschäftigte sich mit den Themen

- Soziales Baubodenrecht
- Vermögenspolitische Leitsätze
- Reform des Unternehmensrechts
- Reform der beruflichen Bildung
- Grundsatzarbeit der Partei

sowie mit verschiedenen anderen Anträgen.

Die Beschlüsse des 22. Bundesparteitages sind in der offiziellen Niederschrift, im UID Nr. 45 vom 22.11.1973 sowie in verschiedenen Broschüren der Bundespartei veröffentlicht worden.

ZUR BEACHTUNG!

Durch ein Versehen sind die Seiten 5 und 6 des vorliegenden Berichtes vertauscht worden.

Wir bitten, dieses Versehen zu entschuldigen.

CDU-Bundesgeschäftsstelle

Bundesvorstand

Der Bundesvorstand tagte im Berichtszeitraum fünfzehnmal.

Am 12.6.1973 trat unter der Leitung des Parteivorsitzenden Dr. Kohl der auf dem 21. Bundesparteitag der CDU neugewählte Bundesvorstand zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Am 30.8.1973 erstattete der Parteivorsitzende einen politischen Lagebericht, der vom Fraktionsvorsitzenden für den parlamentarischen Bereich ergänzt wurde.

Über die Ergebnisse des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Steiner/Wienand/Affäre berichtete Friedrich Vogel.

Der Bundesvorstand befaßte sich ferner mit folgenden Themen:

- Organisatorische Vorbereitung des 22. Bundesparteitages
- Bericht der Grundsatzkommission
- Beschäftigung von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst
- Einsetzung einer Kommission, die eine Vorlage über die Auffassung der CDU/CSU zur Reform des Sexualstrafrechts erarbeiten soll.

Schwerpunkt der Beratungen des Bundesvorstandes am 17.9.1973 war die Diskussion über die künftige Parteiarbeit, insbesondere über die Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und Landesverbänden im Hinblick auf die Landtagswahlkämpfe 1974. Außerdem bereitete der Bundesvorstand die anschließende Sitzung der CDU/CSU-Präsidien und der CDU/CSU-Ministerpräsidenten vor, die der Abstimmung der gemeinsamen Politik und Gesetzgebungsarbeit diene.

In einer Klausurtagung befaßte sich der Bundesvorstand am 5./6.10.1973 ausschließlich mit der inhaltlichen Vorbereitung und Verabschiedung der auf dem 22. Bundespartei zu behandelnden Vorlagen über

- Berufliche Bildung
- Bodenrecht
- Vermögensbildung
- Mitbestimmung

Auf der Sitzung am 17.11.1973 informierte der Parteivorsitzende den Bundesvorstand über seine Gespräche zur Mitbestimmungsfrage und legte ihm den modifizierten Entwurf des Bundesvorstandsantrages zur Beschlußfassung vor.

Neben der Diskussion über die allgemeine politische Lage und die Strategie und Vorbereitung der Landtagswahlkämpfe in Hamburg, Niedersachsen und Hessen beschäftigte sich der Bundesvorstand am 28.1.1974 mit einem strategischen Bericht des Generalsekretärs zu den Themen:

- Nacharbeit 22. Bundesparteitag
- Kongresse und Tagungen der Bundespartei 1974
- Planungen zur Parteiarbeit

Bundesausschuß

Der Bundesausschuß, der "kleine Parteitag der CDU", trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen.

Auf der Sitzung am 10.12.1973 nahm der Bundesausschuß ausführliche Berichte des Parteivorsitzenden über die politische Lage und des Fraktionsvorsitzenden über die parlamentarische Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entgegen.

Der Bundesausschuß behandelte außerdem die ihm vom 22. Bundesparteitag in Hamburg überwiesenen Anträge. Die vom Bundesausschuß gefaßten Beschlüsse wurden im UiD Nr. 48 im Wortlaut veröffentlicht.

In seiner Sitzung am 18.3.1974 in Berlin befaßte sich der Bundesausschuß im Anschluß an die Berichte des Partei- und des Fraktionsvorsitzenden mit dem Entwurf des Jugendpolitischen Programms der CDU. Die Kommission "Jugend" wurde beauftragt, die vorliegenden Änderungsanträge und die Diskussionsergebnisse des Bundesausschusses in den Programmentwurf einzuarbeiten.

Der Generalsekretär berichtete über die vom Bundesvorstand beschlossene personelle Zusammensetzung der Unternehmensrechts- und der Grundsatzprogrammkommission.

Zu den Koalitionsbeschlüssen zur Mitbestimmung und Vermögensbildung beschloß der Bundesvorstand eine Erklärung, aus der hervorging, "daß die Koalitionsbeschlüsse zu einer Verringerung der demokratischen Rechte der Arbeitnehmer im Unternehmen führen und damit die Verwirklichung unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung beeinträchtigen. Sie halten in keinem Punkt einem Vergleich mit den freiheitlichen und zukunftsweisenden Beschlüssen der CDU stand."

Am 18.2.1974 erörterte der Bundesvorstand die sich aus den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst und den anstehenden tariflichen Auseinandersetzungen in der gewerblichen Wirtschaft ergebenden Konsequenzen für die Stabilität der Wirtschaft.

Der Generalsekretär informierte den Bundesvorstand über die gemeinsam mit dem Vorsitzenden der CDA getroffenen Vereinbarungen zur Einsetzung einer Unternehmensrechtskommission.

Der Bundesvorstand stimmte dem Haushaltsentwurf 1974 der Bundesgeschäftsstelle mit den vom Bundesschatzmeister im einzelnen erläuterten Kürzungsvorschlägen des Bundesfinanzausschusses zu.

Am 18.3.1974 tagte der Bundesvorstand in Berlin und bekräftigte das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Bürgern Berlins und den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundesvorstand appellierte mit allem Nachdruck an die vier Mächte, die DDR zur strikten Einhaltung der Berlin-Vereinbarungen zu veranlassen und für einen reibungslosen Transitverkehr zu sorgen.

Ferner wurde die personelle Besetzung der Unternehmensrechts- und Grundsatzprogrammkommission beschlossen.

Am 24.4.1974 wies der Parteivorsitzende in seinem politischen Lagebericht vor allem auf die Bedeutung des Themas § 218 StGB hin. Der Bundesvorstand diskutierte ferner die wirtschaftspolitische Lage und die Strategie der CDU im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen und die Bundespräsidentenwahl. Der Bundesvorstand empfahl der CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung, Dr. Richard von Weizsäcker als Kandidaten zur Wahl des Bundespräsidenten zu nominieren.

Der Bundesvorstand beschloß die personelle Besetzung der neu einzusetzenden Organisationskommission.

Am 14.5.1974 befaßte sich der Bundesvorstand mit dem Rücktritt Bundeskanzler Brandts.
Weiteres Thema: § 218 StGB

Am 10.6.1974 diskutierte der Bundesvorstand die strategische Position der Union nach der Landtagswahl in Niedersachsen und befaßte sich mit Überlegungen zur Strategie der CDU im Blick auf 1976.

Zum Thema § 218 StGB empfahl der Bundesvorstand den CDU/CSU-regierten Ländern und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, um die Unvereinbarkeit des vom Bundestag verabschiedeten Regierungsentwurfs mit Artikel 2 des Grundgesetzes feststellen zu lassen.

Am 23.9.1974 beschäftigte sich der Bundesvorstand mit der strategischen Zielrichtung der Union im Blick auf die bevorstehenden Kommunal-, Landtags- und Betriebsratswahlen und für die Bundestagswahl 1976. In diesem Zusammenhang sprach sich der Bundesvorstand eindeutig gegen die Gründung einer vierten Partei aus.

Der Bundesvorstand stimmte den vom Präsidium am 5.8.1974 beschlossenen "Jugendpolitischen Leitsätzen der CDU" zu und verabschiedete ferner das "Sportprogramm der CDU".

Am 14.10.1974 diskutierte der Bundesvorstand in Frankfurt die Entwicklung des Landtagswahlkampfes in Hessen und verabschiedete eine Erklärung zur Mittelstandspolitik.

Der Bundesvorstand befaßte sich auch mit den Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Dr. Franz-Josef Strauß zur Kanzlerkandidatur und äußerte seine Absicht, über das weitere Vorgehen hinsichtlich der Nominierung des Kanzlerkandidaten der Union nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern zu beraten.

Am 28.10.1974 erörterte der Bundesvorstand die politische Lage und die weitere Entwicklung nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Der Generalsekretär unterbreitete dem Bundesvorstand ein strategisches Dispositionspapier.

25.11.1974

Themen: Treffen Ford/Breschnew in Wladiwostok
Entwicklung in Nahost
Europapolitik
Haushaltspolitik
Besoldungsregelung im öffentlichen Dienst
Baader-Meinhof-Bande
Situation in Berlin
Entwicklung in der FDP
Entwicklung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft
EUCD-Konferenz in Paris
Wirtschaftspolitik
(Erklärung des Bundesvorstandes zur aktuellen konjunkturpolitischen Lage und zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung)

Präsidium

Im Berichtszeitraum hielt das Präsidium der CDU insgesamt 30 Sitzungen ab, zusätzlich 7 gemeinsame Sitzungen mit dem CSU-Präsidium.

12.6.1973

Konstituierung des auf dem 21. Bundespartei neugewählten Präsidiums unter Leitung des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl.

20.8.1973

Themen: Europapolitik
Verhältnis zur DDR
Unterstützung der Forderung der West-Berliner
Wirtschaft auf Verbleib der Treuhandstelle für
den Interzonenhandel in West-Berlin
Fluglotsenstreik
Vorbereitung des 22. Bundesparteitages

3.9.1973

Themen: Bundespräsidentenwahl
Steiner/Wienand/Ausschuß
FDP-Papier zum Verhältnis Kirche/Staat

17.9.1973

Themen: Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung der Präsidien
von CDU/CSU und der CDU/CSU-Ministerpräsidenten
Kuratorium Unteilbares Deutschland
Aufgabenverteilung im Präsidium

In einer einstimmig beschlossenen Erklärung verurteilte das Präsidium die Intellektuellenverfolgung in der Sowjetunion und schloß sich dem Vorschlag von Alexander Solschenizyn an, den sowjetischen Atomphysiker Andrey Sacharow als Kandidaten für den Friedensnobelpreis zu benennen.

1.10.1973

Das Präsidium verabschiedete Erklärungen zu

- den Äußerungen Wehners in Moskau
- der Konferenz der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler am 20.9.1973 und zu dem Parteitagsbeschluß der SPD in NRW betr. Beschäftigung von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst
- der Entwicklung in Chile

Das Präsidium bereitete die für den 5./6.10.1973 einberufene Klausurtagung des Bundesvorstandes vor, auf der die Vorlagen des Bundesvorstandes zu den Themen des 22. Bundesparteitages erarbeitet werden sollen.

22.10.1973

Themen: Paris-Reise des Parteivorsitzenden
Situation in Nahost
CDU-Steuerantrag
Außenpolitische Kommission
Sexualstrafrecht
Vorbereitung eines Kontaktgesprächs mit dem
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger

5.11.1973
Themen: Vorbereitung des 22. Bundesparteitages
Erklärung zur Erhöhung der Mineralölsteuer und
zur geplanten Steigerung der Postgebühren

17.11.1973
Themen: Vorbereitung des 22. Bundesparteitages
Modifizierter Entwurf des Bundesvorstandsantrages
zur Mitbestimmungsfrage

3.12.1973
Themen: Energie- und Konjunkturpolitik
MBFR-Konferenz
Vorbereitung eines Gesprächs mit den CDU-Reprä-
sentanten in den Aufsichtsgremien der Rundfunk-
und Fernsehanstalten

10.12.1973
Themen: Energiekrise
Konjunkturpolitik
Steuerreform
Auftrag an den Bundesfachausschuß Sozialpolitik
und die Arbeitskommission Familie zur Erarbeitung
eines familienpolitischen Gesamtprogramms

14.1.1974
Themen: Wirtschafts- und Konjunkturpolitik
Sicherung der Arbeitsplätze
Steuerreform
Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen
Sozialpolitische Maßnahmen zum Schutz des wer-
denden Lebens (§ 218 StGB)
Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung mit dem CSU-
Präsidium

28.1.1974
Themen: DDR-Pressionen
Situation an der Lohnfront
Koalitionsbeschlüsse zur Mitbestimmung und
Vermögensbildung
Steuerreform

18.2.1974
Themen: USA-Reise des Parteivorsitzenden
Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg
Wirtschaftslage - Sicherung der Arbeitsplätze

4.3.1974
Themen: Analyse der Hamburger Bürgerschaftswahl
Unterstützung der Landtagswahl Niedersachsen
Bundespräsidentenwahl
Verfahren zur Erarbeitung eines Grundsatzpro-
gramms der CDU
Vorbereitung eines Gesprächs mit dem Bund der
Vertriebenen

18.3.1974

Themen: Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz
Gespräch mit Bundeskanzler Brandt betr.
Akkreditierung des DDR-Vertreters in Bonn
"Panorama"-Sendung über Schwangerschaftsabbruch
Richtgeschwindigkeitsverordnung
Veranstaltung "25 Jahre Grundgesetz"

1.4.1974

Themen: Verhältnis Großbritanniens zur EWG
Außenministerratssitzung in Luxemburg
Situation in der FDP
Wirtschaftsdebatte im Deutschen Bundestag
§ 218 StGB
Analyse der Landtags- und Kommunalwahlen in
Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein
und Nordhessen
Vorbereitung der Landtagswahl Niedersachsen
Steuerpolitik

22.4.1974

Themen: § 218 StGB
USA-Reise des Generalsekretärs
Europapolitik
Mitbestimmungsvorlage der Bundesregierung im
Bundesrat
Vorbereitung der Betriebsrätekonferenz und der
Gespräche mit der Sudetendeutschen Landsmann-
schaft und dem Deutschen Bauernverband

Das Präsidium beschließt einstimmig, der CDU/CSU-Fraktion der
Bundesversammlung zu empfehlen, Dr. Richard von Weizsäcker als
Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten am 15. Mai zu
nominieren.

6.5.1974

Themen: Situation in Frankreich
Spionagefall Guillaume
Lage in der SPD
Situation in Portugal
Ergebnis der Kommunalwahlen im Saarland
Beamtenrechtsrahmengesetz
Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung mit dem
CSU-Präsidium

7.5.1974

In der Sitzung wurde der Text der gemeinsamen Erklärung der
Präsidien von CDU und CSU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
zum Rücktritt Bundeskanzler Brandts vorbereitet.

10.6.1974

Themen: Ergebnis der Landtagswahl Niedersachsen
DGB
Hochschulrahmenrecht
Bodenrechtsreform
Steuerreform
§ 218 StGB

8.7.1974

Themen:

Treffen Bundeskanzler Schmidt/
Staatspräsident Giscard d'Estaing
Kompromißversuch des Vermittlungsausschusses
in der Steuerreformfrage
Rücktritt Entwicklungshilfeminister Eppers/
Ernennung Egon Bahrs
Nixon-Besuch in Moskau
Rumänien-Reise des Generalsekretärs
Mitbestimmung in Hörfunk und Fernsehen
Überblick über die Arbeit der Bundesfachaus-
schüsse

5.8.1974

Themen:

Umweltbundesamt in Berlin
Steuerkompromiß
Strategie Partei/Fraktion
Verteidigungssituation
Jugendpolitische Leitsätze

2.9.1974

Themen:

Wirtschaftspolitik
Affäre Guillaume
Komitee 17. Juni
Wohnraumkündigungsschutzgesetzes
Aufgabenstellung und Koordinierung christlich-
demokratischer Bildungsstätten
Beschlüßvorlagen des BfA Innenpolitik
(Radikale Parteien
Thesen zum Demonstrationsrecht)
Parteimitgliedschaft von Ausländern
Sportprogramm der CDU

16.9.1974

Themen:

China-Reise des Parteivorsitzenden
4. Partei
Mitbestimmung in Hörfunk und Fernsehen
Rentenstrategie

23.9.1974

Thema:

Stabilitätspolitik

30.9.1974

Themen:

Streichung des Begriffes einer einheitlichen
deutschen Nation in der Verfassung der DDR
Haltung der Bundesregierung in der Agrarpolitik
Betriebsratswahlen
Presserechtsrahmengesetz
Verstromungsgesetz
Weiterführung der wirtschaftspolitischen De-
batte in Verbindung mit Gewerkschaftsproblemen
Strategischer Rahmen und Prioritäten für die
Gesetzgebungsarbeit im Winterhalbjahr 1974/75
Mitbestimmung in kommunalen Eigenunternehmen
Neuregelung der Lehrerbesoldung

14.10.1974

Themen: Landtagswahlkampf Hessen
Ansteigen der Arbeitslosen- und Kurzarbeiter-
zahl sowie der Inflationsrate
Kanzlerkandidatur
4. Partei
Mittelstandspolitik (Erklärung)

28.10.1974

Thema: Politische Lage und weitere Entwicklung nach
den Landtagswahlen in Hessen und Bayern

11.11.1974

Themen: Politische Lage
Wirtschaftspolitik

25.11.1974

Themen: Gespräch Bundeskanzler Schmidts mit den Mini-
sterpräsidenten über das Thema Beamtenbesol-
dung
FDP
Entwicklung innerhalb der Europäischen Gemein-
schaft
EUCD-Konferenz in Paris

Präsidiumskontaktgespräche

Während des Berichtszeitraumes führte das Präsidium folgende
Kontaktgespräche durch:

22.10.1973 Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger
3.12.1973 CDU-Repräsentanten in den Aufsichtsgremien
der Rundfunk- und Fernsehanstalten
21. 1.1974 Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung
24. 1.1974 DGB
7. 2.1974 Deutscher Lehrerverband im Deutschen Beamten-
bund (DL)
22. 2.1974 Rat der EKD
4. 3.1974 Bund der Vertriebenen
22. 4.1974 Christlich-soziale Betriebs- und Personalräte
22. 4.1974 Sudetendeutsche Landsmannschaft
22. 4.1974 Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung
24. 4.1974 Deutscher Bauernverband
11.11.1974 Zentralverband Deutscher Haus-, Wohnungs-
und Grundeigentümer
11.11.1974 Christlicher Gewerkschaftsbund (CGB)

bereits terminiert:

16.12.1974 Rat der EKD

CDU/CSU-Fraktion in der Bundesversammlung

Zur Vorbereitung der Bundespräsidentenwahl tagte die CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung auf Einladung der Parteivorsitzenden Dr. Kohl und Dr. Strauß am:

6.5.1974	Einstimmige Nominierung Dr. von Weizsäckers
14.5.1974	als Präsidentschaftskandidat
15.5.1974	Bundespräsidentenwahl

Landesgeschäftsführerkonferenzen

Die Landesgeschäftsführerkonferenz tagte im Berichtszeitraum neunmal.

Auf der Sitzung am 5.9.1973 erstattete der Generalsekretär einen ausführlichen Bericht zur politische Lage.

Weitere Themen: Vorbereitung des 22. Bundesparteitages
CDU-Erkennungszeichen

16.10.1973

Themen: Vorbereitung des 22. Bundesparteitages
Ausrüstung und Besetzung von Kreisgeschäftsstellen und Modellversuche in ausgewählten Kreisverbänden
Arbeitsprogramm 1974 (Fachtagungen und Kongresse)
Funktions- und Mandatsträgerkartei
UiD-Formatänderung

10.12.1973

Thema: Nacharbeit 22. Bundesparteitag

14.1.1974

Themen: Berichte der wahlkampfführenden Landesverbände Hamburg, Niedersachsen und Hessen
Kreisbereisungen im LV Rheinland-Pfalz
Zentrale Mitgliederkartei
EDV-Erfahrungen bei zentraler Buchhaltung

20.2.1974

Themen: Arbeitsprogramm 1974 (Fachtagungen und Kongresse)
Aus- und Fortbildungsprogramm für hauptamtliche Mitarbeiter
Zentrale Beschaffung
Betreuung neuer Mitglieder
Konferenz hauptamtlicher Mitarbeiter
Tag der offenen Tür
Maßnahmen zum 100. Geburtstag Konrad Adenauers
Kalender zur Fußball-Weltmeisterschaft
Rednereinsätze des Parteivorsitzenden und Generalsekretärs

7.5.1974

Themen:

Politische Lage
(Rücktritt Bundeskanzler Brandt)
Rechenschaftsberichte und Kontenrahmen
EDV-Buchhaltung auf Landes- und Kreisebene
Medien-Kongreß
Auslandskontakte von Landes-, Bezirks- und
Kreisverbänden
Anrechnung von CSU-Mitgliedszeiten
Zusammensetzung, Zielsetzung und Zeitplan
der Organisationskommission

Auf der Sitzung am 19.6.1974 berichteten der Parteivorsitzende und der Generalsekretär über die Konsequenzen, die sich aus dem Regierungswechsel und dem Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahl für die weitere Strategie der CDU ergeben.

Weitere Themen: Vorbereitung der Betriebsratswahlen 1975
Begrüßung des 500.000. Mitgliedes

Am 12./13.9.1974 waren die Teilnehmer der Landesgeschäftsführerkonferenz (mit ihren Ehefrauen) Gäste des Landesverbandes Schleswig-Holstein.

16.10.1974

Themen:

Bericht des Generalsekretärs zur politischen Lage
Vorbereitung der Betriebsratswahlen
Stand der Personalplanung
Modellversuche der Kreisverbände
Regionalkonferenzen für hauptamtliche Mitarbeiter

Besprechungen mit den Geschäftsführern der Vereinigungen

Besprechungen mit den Geschäftsführern der Vereinigungen fanden - teilweise zusammen mit den Institutsleitern der Konrad-Adenauer-Stiftung - statt am:

3. 9.1973
11. 9.1973 zuzügl. Institutsleiter
23.10.1973 zuzügl. Institutsleiter
27.11.1973
8.10.1974 zuzügl. Institutsleiter
30.10.1974

An der Sitzung vom 3.9.1973, die unter der Leitung von Dr. Kohl stattfand, nahmen das Parteipräsidium und die Bundesvorsitzenden der Vereinigungen teil.

Die Besprechungen befaßten sich hauptsächlich mit der Vorbereitung des 22. Bundesparteitages, mit der Zusammenarbeit zwischen der Bundespartei und den Vereinigungen und der Strategie der CDU bis 1976.

Regionalkonferenzen

Auf zwei Konferenzen mit den hauptamtlichen Mitarbeitern der Partei

am 28. 8.1974 in Heidelberg (LV Baden-Württemberg,
Rheinland-Pfalz, Saarland,
Hessen)

und am 28.11.1974 in Dortmund (LV Rheinland und Westfalen-
Lippe)

wurden nach dem politischen Bericht des Parteivorsitzenden Fragen der Parteiarbeit, der Organisation und der Öffentlichkeitsarbeit mit den hauptamtlichen Mitarbeitern diskutiert. Diese "Regionalkonferenzen" sollen im kommenden Jahr regelmäßig fortgesetzt werden, zunächst für den norddeutschen Raum.

Hauptabteilung I

Organisation

Personal

Verwaltung

Abteilung Organisation

1. Parteiorganisation

Die vom Bundesvorstand neu berufene Organisationskommission hat am 27. Mai 1974 die Arbeit aufgenommen. In der ersten Sitzung wurde festgelegt, daß für folgende Probleme dem Bundesvorstand entscheidungsreife Vorlagen für den nächsten Bundesparteitag vorgelegt werden sollen:

1. Überarbeitung der Geschäftsordnung und Überprüfung ihrer Verbindlichkeit für alle Parteigliederungen.
2. Vereinheitlichung der Satzungen von Bundespartei und Landesverbänden, insbesondere hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Mitglieder, z.B. Wahlverfahren für Parteigremien, gleichzeitige Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinigungen, Probe- bzw. Kandidatenzeit für Neumitglieder, Problematik des Wohn- und Arbeitsplatzprinzips für Mitgliedschaft.
3. Aufgaben, Rechte und Finanzen der Vereinigungen.
4. Aufgabe und Arbeitsweise von Fachausschüssen, Arbeitskreisen und Kommissionen.
5. Aufgabenverteilung und entsprechende Finanzierungsverteilung zwischen Bundes-, Landes- und Kreisparteien. Hierzu gehört auch das Problem der hauptamtlichen Parteiarbeit auf allen Ebenen und die Frage der personellen und maschinellen Besetzung von Parteigeschäftsstellen.

Zur Zeit wird in der Organisationskommission die Neufassung des Bundesstatuts diskutiert.

Der Schwerpunkt der Arbeit im Referat Parteiorganisation lag für den Berichtszeitraum in der Vorbereitung, Durchführung und Überwachung der Modellversuche für Kreisverbandsarbeit.

Über die Ergebnisse und Konsequenzen wurde ein umfangreicher Zwischenbericht der Organisationskommission am 7. Oktober 1974 vorgelegt.

In der 1. Phase der Modellversuche waren als Schwerpunkte gesetzt:

- Die Erprobung von Dienstleistungszentren, und zwar Aufbau und Arbeitsweise, technische Ausstattung und Nutzung dieser Zentren, die eine Entlastung der Kreisverbände von Massen- und Routinearbeit ermöglichen sollen.
- Den Anschluß der Kreisverbände und der Ortsverbände an das Informations- und Kommunikationssystem der Gesamtpartei.
- Die Aufgabenverteilung im Kreisvorstand.

Im weiteren Verlauf der Modellversuche sollen auch die Kriterien für eine optimale Größe des Betreuungsgebietes eines Dienstleistungszentrums erarbeitet werden; im ländlichen Bereich besonders auch unter Berücksichtigung der Entfernungen. Außerdem werden die Schwerpunkte auch auf folgende Problembereiche gelegt:

- Aufbau von örtlichen Verteilerorganisationen
- Berichtswesen an Landes- und Bundespartei (Informationsrückfluß)

Die bei den Modellversuchen gemachten Erfahrungen haben dazu geführt, daß die Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Rahmenverträgen für Büromaschinen und Papier abgeschlossen hat, die den Landes- und Kreisverbänden die kostensparende Anschaffung von Maschinen und einen preisgünstigen Einkauf von Papier ermöglichen.

2. Veranstaltungen

Durch das Referat Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum außer dem Bundesparteitag in Hamburg und zwei Bundesausschußsitzungen in Bonn und Berlin folgende Fachkongresse und andere Tagungen organisatorisch vorbereitet bzw. unterstützt:

- Europakongreß der EUCD in Bonn
- Kommunalpolitischer Kongreß in Bonn
- Strukturpolitischer Kongreß in Rastede
- Medienkongreß der CDU/CSU in München
- Familienpolitischer Kongreß in Münster
- Gesundheitspolitischer Kongreß in Kiel
- Betriebs- und Personalrätekonferenzen in Bonn und Flörsheim

- Die Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung in Bonn
- Gedenkfeier "25 Jahre Grundgesetz" in Frankfurt
- Regionale Mitarbeiterkonferenzen in Heidelberg und Dortmund
- Kongreß "Humanität im Arbeitsleben" in Leverkusen
- Jahrestagung des EAK in Mainz

Von dem Referat Betreuung und Besuchergruppen wird seit dem 1. Januar 1974 die Betreuung von Besuchergruppen systematisch durchgeführt. Sie hat an Umfang erheblich zugenommen. Von Januar 1974 bis zum 30.9.1974 haben 190 Gruppen mit 7.900 Teilnehmern die Bundesgeschäftsstelle besucht. Fast alle Gruppen, die auf Veranlassung von CDU-Bundestagsabgeordneten nach Bonn kommen, haben zwischenzeitlich den Informationsbesuch im Konrad-Adenauer-Haus in ihr Programm aufgenommen.

Am 26.1., 27.4. und 9.11.1974 wurde jeweils ein "Tag der offenen Tür" im Konrad-Adenauer-Haus durchgeführt. Zu diesen Veranstaltungen kamen Parteimitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet, um sich über die politische Lage und die Arbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle zu informieren. Diese erfolgreichen Informationsveranstaltungen, die vor allem die Neumitglieder der Partei ansprechen sollen, werden auch im kommenden Jahr weitergeführt werden.

Von den Besuchern der Bundesgeschäftsstelle im Jahre 1974 waren 42% Vorstandsmitglieder der Kreis- und Ortsverbände und kommunale Mandatsträger, 21% Mitglieder der Vereinigungen, 17% Studenten und Schüler, 9% konfessionelle Organisationen, 7% berufliche Organisationen und 4 % aus verschiedenen Vereinen.

Der regionalen Herkunft nach verteilen sich die Besucher ziemlich gleichmäßig über das ganze Bundesgebiet. Von den Besuchern sind mehr als 2/3 Mitglieder der CDU.

3. Bundesrednervermittlung

Die Abteilung Organisation vermittelt für Veranstaltungen von Bundes- und Fachverbänden Repräsentanten der Partei. Hierzu erfolgt eine wöchentliche Abstimmung mit der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. In den meisten Fällen konnte eine zufriedenstellende Regelung gefunden werden. Diese Tatsache sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es oft erhebliche Schwierigkeiten gibt. Im Schnitt sind im Berichtszeitraum pro

Veranstaltung sechs mögliche Parteirepräsentanten befragt worden.

4. Landtagswahlkämpfe

Bei den Landtagswahlkämpfen im Jahre 1974 in Hamburg, Niedersachsen und Hessen fand eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Landesverbänden statt.

Die Bundesgeschäftsstelle hat unter anderem folgende Dienstleistungen für die Landtagswahlkämpfe erbracht:

- Bundesrednervermittlung
- Wahlkampfinformationsdienst
- Argumentationskarten zu bundespolitischen Themen
- Flugblätter zu bundespolitischen Themen
- Formulierungshilfen und Beratung in werblichen Fragen
- Unterstützung der Pressearbeit
- Sonderauflagen der Wandzeitungen
- Ausleihung von Lautsprecheranlagen

Der enge Kontakt zwischen den wahlkampfführenden Landesverbänden und der Bundesgeschäftsstelle wurde durch die Teilnahme von Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle an den Sitzungen der jeweiligen Wahlkampfgruppen gewährleistet.

Auch für die im Jahre 1975 stattfindenden Landtagswahlkämpfe ist die Zusammenarbeit mit den betroffenen Landesverbänden bereits angelaufen.

Im Jahr 1974 wurden Bundesrednereinsätze im Rahmen von Kommunal- und Landtagswahlkämpfen wie folgt bearbeitet:

Landtagswahlkämpfe

1. Landtagswahl Hamburg (3.3.1974)

Im Rahmen der Landtagswahl in Hamburg wurden die Bundesredner von der CDU Hamburg direkt und nicht über die Rednervermittlung der CDU-Bundesgeschäftsstelle angesprochen.

2. Landtagswahl Niedersachsen (9.6.1974)

287 Einsätze/46 Redner

3. Landtagswahl Hessen (27.10.1974)

338 Einsätze/40 Redner

Da die Einsätze von CDU-Bundesrednern im Rahmen des Landtagswahlkampfes in Bayern nicht über die Rednervermittlung der CDU-Bundesgeschäftsstelle abgewickelt wurde, lassen sich über diese Einsätze keine exakten Zahlen aufführen.

Kommunalwahlkämpfe

1. Kommunalwahl Rheinland-Pfalz (17.3.1974)
26 Einsätze/7 Redner
2. Kommunalwahl Schleswig-Holstein (24.3.1974)
27 Einsätze/ 5 Redner
3. Teilkommunalwahl Nordhessen (24.3.1974)
3 Einsätze/2 Redner
4. Kommunalwahl Saar (5.5.1974)
16 Einsätze/3 Redner

Abteilung Verwaltung

Der Abteilung Verwaltung obliegt die interne Verwaltung der Bundesgeschäftsstelle. Hierzu zählen neben der Materialbeschaffung und -verwaltung die technischen Dienste und das Finanzwesen.

Abteilung organisatorische Sonderaufgaben

Die Abteilung nimmt bei der Vorbereitung und Durchführung von Reisen der Parteiführung Sonderaufgaben wahr, vor allem auch in Wahlkämpfen. Außerdem hält diese Abteilung den Kontakt zu den CDU/CSU-Betriebsgruppen in den Ministerien und obersten Bundesbehörden.

Abteilung Personal

1. Personal/Personalverwaltung

Ständige Schwerpunkte liegen in der aktiven Personalwerbung und der Stellenbesetzung, die am Standort Bonn durch den Hauptkonkurrenten Öffentlicher Dienst erschwert werden.

Vorrangige Aufgabe ist die Systematisierung der Personalarbeit und ihre Abstimmung auf die Organisationsstruktur sowie die Erarbeitung allgemeiner Anstellungsbedingungen für die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle.

2. Personalplanung

Die EDV-gesteuerte Personalplanung, die sich als technisches System bewährt hat, wurde bestandsmäßig erweitert. Zu lösen waren insbesondere Informations- und Kooperationsprobleme zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Parteigliederungen.

3. Aus- und Weiterbildung hauptamtlicher Mitarbeiter der Partei

Das Projekt einer Aus- und Weiterbildung hauptamtlicher Mitarbeiter wurde in Form eines fünfwöchigen Kursussystems verwirklicht.

Der erste Durchgang wurde im März 1974 abgeschlossen, der zweite im Mai 1974 begonnen.

An den Seminaren haben bisher 55 Personen teilgenommen.

Hauptabteilung II

Politik

Dokumentation

Information

Abteilung Politik

Die Arbeit der Abteilung Politik konzentrierte sich im Berichtszeitraum neben der Beantwortung von Anfragen und Anregungen aus der Parteimitgliedschaft und der Bevölkerung auf die sachliche Vorbereitung des Bundesparteitages in Hamburg sowie auf die Sitzungen des Präsidiums und des Bundesvorstandes. Die Abteilung Politik führt ferner die Geschäfte der Bundesfachausschüsse und der Kommissionen. Des weiteren erarbeitete die Abteilung Texte für Broschüren und Flugblätter.

Bundesfachausschüsse und Kommissionen

Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vors.: Friedrich Vogel MdB

- 1 BACDJ-Mitgliederversammlung (u.a. Tätigkeitsberichte und Neuwahl des Vorstandes)
- 1 BACDJ-Treffen auf dem 50. Deutschen Juristentag
(Beteiligung an Mitgliederversammlung und Arbeitsgemeinschaften des 50. DJT Hamburg 24.-27.9.1974)
- 5 Sitzungen von Vorstand und Koordinierungsausschuß

Vors.: Friedrich Vogel MdB

Themen:

- Grundlagen der Rechtspolitik der CDU
- Rechtsmittel in Strafsachen
- Vorbereitung 22. Bundesparteitag Hamburg
- Juristenausbildung
- Justizreform
- Entschädigung für Opfer von Straftaten
- Terrorakte im Luftverkehr
- Strafvollzugsgesetz
- Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs der CDU/CSU zur Einführung der Zulassungsrevision gegen Berufungsurteile der Landgerichte in Zivilsachen (BT-Drs. 7/2459 vom 7.8.74)

- Gespräch mit Fachverbänden (Bundesrechtsanwaltskammer, Deutscher Anwaltverein, Deutscher Richterbund)
- Armenrecht
- Familiengerichte

9 Sitzungen der Fachkommission "Verfassungsrecht"

Vors.: Dr. Carl Otto Lenz MdB

Themen:

- Unterstützung der Enquête-Kommission Verfassungsreform des Deutschen Bundestages
- Beeinträchtigung der Grundrechte und des Freiheits-spielraums der Bürger und gesellschaftlicher Gruppen
- Grundrecht auf saubere Umwelt
- Finanzverfassungsreform
- Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen

3 Sitzungen der Fachkommission "Strafvollzug"

Vors.: Gottfried Milde MdL

Themen:

- Regierungsentwurf Strafvollzugsgesetz (BR-Drs. 7/918 vom 23.7.73)
- Hearing am 6.3.1974

10 Sitzungen der Fachkommission "Verbraucherschutz"

Vors.: Staatsminister Dr. Philipp Held MdL

Themen:

- Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)
Fachkommissionsentwurf wurde auf 50. DJT sehr positiv bewertet, liegt in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor.
- Hearing am 22.4.74, Pressegespräch am 7.3.74

3 Sitzungen der Fachkommission "Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Verfahrensordnungen"

Vors.: Dr. Gerhard Meyer-Hentschel

Themen:

Langfristige Vorarbeiten für Stellungnahme zu einem einheitlichen Verfahrensgesetz für Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte.

3 Sitzungen der Fachkommission "Verwaltungsrecht"

Vors.: Staatssekretär Prof. Dr. Roman Herzog

Themen:

- Verhältnis zwischen öffentlicher Verwaltung und freien gesellschaftlichen Trägern, insbesondere im gesellschaftspolitischen Bereich
- Wahlrecht der Mitglieder und Minderheitenschutz von Gruppen im Bereich der Körperschaften des öffentlichen Rechts und der Verbände

Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vors.: Minister Heinz Schwarz MdL

4 Sitzungen

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Keine Verfassungsfeinde in den Öffentlichen Dienst
- Radikale Parteien
- Rettungswesen
- Demonstrations- und Versammlungsrecht
- Ordnungsrecht an Universitäten
- Politische Betätigung von Ausländern
- Parteimitgliedschaft von Ausländern
- Ausländerrecht
- Grundsätze zur Ausländerpolitik
- Mitbestimmung in kommunalen Unternehmen
- Reform des öffentlichen Dienstrechts
- Datenschutz

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Verwaltungsreform
- Bund-Länder-Verhältnis
- Europäische Konferenz über Verbrechensbekämpfung
- Gesamtkonzept zur inneren Sicherheit

Fachkommissionen:

- Reform des öffentlichen Dienstrechts
Vors.: Staatssekretär Alois Schreiner
Anzahl der Sitzungen: 3

- Ausländerrecht
Vors.: Frau Dr. Kunze
Anzahl der Sitzungen: 8

- Innere Sicherheit
Vors.: Staatssekretär Joachim Dorenburg
Anzahl der Sitzungen: 8

- Kommunale Selbstverwaltung:
Vors.: Dr. Dieter Fuchs
Anzahl der Sitzungen: 3

- Verwaltungsreform:
Vors.: Dr. Neumann
Anzahl der Sitzungen: 3

- Datenschutz:
Vors.: Joachim Stöckle
Anzahl der Sitzungen : 2

- Mitbestimmung in kommunalen Unternehmen:
Vors.: Dr. Dieter Fuchs
Anzahl der Sitzungen : 2

- Besoldungskonzeption:
Vors.: Friedrich Vogel MdB
Anzahl der Sitzungen: keine, (wurde am 23.10.1974 konstituiert)

- Bund-Länder-Verhältnis:
Vors.: Staatssekretär Prof. Herzog
Anzahl der Sitzungen: keine (wird in Kürze konstituiert)

Koordinierungsausschuß:

Vors.: Minister Heinz Schwarz MdL
Anzahl der Sitzungen: 1

Bundesarbeitskreis Polizei

Vors.: Karl-Heinz Schmitz MdA
Sitzungen des Arbeitskreises: 3
Vorstandssitzungen: 4

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Wirtschaftskriminalität
- Verkehrssicherheit
- Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Frau in der Gesellschaft
- Freiwillige Polizeireserve

ad-hoc-Kommission Bodenrecht

Vors.: Dr. Oscar Schneider MdB
Anzahl der Sitzungen: 5
Aufgabe: Erstellung einer gemeinsamen Stellungnahme von
CDU und CSU zur Novellierung des Bundesbaugesetzes

Veröffentlichungen

Dokumentation zur Inneren Sicherheit (Aktualisierung)

Mitbestimmung in Unternehmen der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Deutschen Bundespost

Verfassungsfeinde im Öffentlichen Dienst (Aktualisierung)

Hearing zum Bundesmelde- und Datenschutzgesetz

Bundesfachausschuß Sport

Vors.: Dr. Hans Evers MdB

Der Bundesfachausschuß Sport tagte im Berichtszeitraum sechsmal.

Themen:

- Sportprogramm - Abschließende Beratungen über das von der Programmkommission erarbeitete Sportprogramm, das im Juli 1974 dem Parteivorstand zugeleitet und nach Beratungen im Präsidium vom Bundesvorstand der CDU am 23. September 1974 verabschiedet wurde.
- Förderung des Vereinssports
 - Am 7. Dezember 1973 veranstaltete der Bundesfachausschuß Sport ein zweites Hearing von Sportvereinen. Die Ergebnisse des Hearings wurden umgesetzt in programmatische Aussagen und Beschlüsse zur Förderung des Vereinssports und entsprechende Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
- Sportliche Jugendbildung
 - Verabschiedung einer Stellungnahme des Bundesfachausschusses Sport mit der Zielsetzung, Eigenständigkeit und Gleichrangigkeit sportlicher Jugendbildung sowohl in Parteiaussagen (Sportprogramm, Jugendpolitische Leitsätze) als auch in den Förderungsmaßnahmen (Bundesjugendplan) der Bundesregierung zu garantieren.
- Sportförderung auf kommunaler Ebene
 - Verabschiedung eines Konzepts, das in die Programmarbeiten der KPV einbezogen werden soll.
- Förderung des Leistungssports
 - Verabschiedung eines Papiers zur Verbesserung des Versicherungsschutzes für Höchstleistungssportler
 - Verabschiedung einer Stellungnahme zur Behandlung von Spitzensportlern bei der Vergabe von Studienplätzen

Arbeitskreis Leistungssport

Vors.: Olaf Lawrenz

Der Arbeitskreis Leistungssport tagte im Berichtszeitraum zweimal und befaßte sich mit der Vorbereitung eines Hearings mit Spitzensportlern, das am 3. Dezember 1974 in Bonn durchgeführt worden ist. (Teilnehmer u.a.: Peter Hussing, Angelika Kern, Folkert Meeuw, Harald Norpoth, Hansi Schmidt, Klaus Steinbach, Günther Nickel, Wilfried Dietrich)

Themen:

- Selbstverständnis des Leistungssports
- Bildungs- und Ausbildungsprobleme von Leistungssportlern
- Finanzierung des Leistungssports/Werbung und Sport
- Soziale Sicherung (ärztliche Betreuung) von Spitzensportlern

Veröffentlichungen:

- Pläne der CDU zur Sportförderung (Februar 1974, Neuauflage August 1974)
- Protokoll des 2. Hearings von Sportvereinen (April 1974)
- Sportprogramm der CDU

Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vors.: Dr. Manfred Schäfer

Der Bundesfachausschuß tagte im Berichtszeitraum zwölfmal.

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Stellungnahme zum Entwurf zur Novellierung des Bundesbankgesetzes (August 1973)
- Stellungnahme zu den Vorlagen des Bundesvorstandes zum Hamburger Parteitag
- Strategie zur Wiedergewinnung der Stabilität und des sozialen Friedens.

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Mehrfache Erörterung der aktuellen Lage
- Besprechung des Sachverständigengutachtens 1973
- Besprechung der Energiekrise.

Bundesfachausschuß Strukturpolitik

Vors.: Dr. Horst Waffenschmidt MdB

Der Bundesfachausschuß tagte im Berichtszeitraum viermal.

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Beschlüsse zur Strukturpolitik vom August 1973
- Bericht der ad-hoc-Arbeitsgruppe "Regionalpolitik" zur Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" vom 28. November 1973
- Pressemitteilung zum Entwurf eines Bundesraumordnungsprogrammes vom 22. Februar 1974
- Grundsätze zur Raumordnung vom 21. Juni 1974

- Stellungnahme zur Novelle eines Bundesbaugesetzes vom 26. Juni 1974
- Pressemitteilung "Sicherung der Arbeitsplätze" vom 3. September 1974

Unterausschüsse

- Raumordnung
Vors.: Dr. Karlheinz Gierden 7 Sitzungen
- Regionalpolitik
Vors.: Min. Heinrich Holkenbrink keine Sitzung
- Ballungsräume
Vors.: Frau Ruth Beckmann keine Sitzung
- Städtebau und Wohnungswesen
Vors.: Ferdinand Erpenbeck 6 Sitzungen
- Umweltfragen
Vors.: Dr. Herbert Gruhl 6 Sitzungen

Ad-hoc-Arbeitsgruppe "Regionalpolitik"

Vors.: bisher Dr. Manfred Schäfer
künftig Minister Dr. Jürgen Westphal

Parlamentariergruppe der CDU/CSU für Umweltfragen

Vors.: Dr. Benno Weimann MdB

Broschüren:

- 1 (Beschlüsse des Bundesfachausschusses für Strukturpolitik)

Bundesfachausschuß für Sozialpolitik

Vors.: Staatsminister Dr. Heinrich Geissler

Zwei Sitzungen seit dem 12.6.1974

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

Sitzung 14.6.1974: Erhöhung der Witwenrenten von 60 auf 70%
(Vervollständigung des Entscheidungspapiers zur eigenständigen sozialen Sicherung)

der Frau, vom Bundesausschuß am 22.2.74
verabschiedet)

Sitzung 17.10.1974: Soziale Dienste in Sozialstationen - eine
Konzeption, erarbeitet von der Kommission
"Soziale Dienste"

Kommission Soziale Dienste

Vors.: MinRat Werner Steinjan

11. Juli 1974 - Hearing - Sozialstationen mit Bundesfachausschuß für Sozialpolitik.

Sonstige Themen:

- Familienpolitik
- Soziale Dienste
- Soziale Sicherung der Frau (allg. Rentenpolitik)

Der Bundesfachausschuß für Sozialpolitik war - gemeinsam mit der Kommission Frauen und der Kommission Familienpolitik - an der inhaltlichen Vorbereitung des Familienpolitischen Kongresses am 4. und 5. Oktober in Münster beteiligt. Dieser Kongreß legte u.a. das Modell der "Partnerrente" vor.

Bundesfachausschuß für Gesundheitspolitik

Vors.: Staatssekretär Prof. Dr. Fritz Beske

Drei Sitzungen seit 12.6.1974

Themen:

Sitzung 24.6.1974 Gespräch : Vorstand Marburger Bund über

- Niederlassungsfreiheit
- Approbationsordnung
- Facharztgesetzgebung

Vorbereitung: Gesundheitspolitischer
Kongreß in Kiel

Sitzung 14.8.1974 Fortsetzung des Gesprächs mit dem Marburger Bund über

- öffentl. Gesundheitsdienst

Vorbereitung: Gesundheitspolitischer Kongreß in Kiel

- Sitzung 16.10.1974
- Gespräch mit Vertreterinnen der Schwesternverbände über Gesetzentwurf über nichtärztliche Heilberufe in der Geburtshilfe und Krankenpflege
 - Strukturprobleme im Krankenhaus
 - Verbesserung der ambulanten Versorgung
 - Kostenentwicklung im Gesundheitswesen
 - Vorbereitung: Gesundheitspolitischer Kongreß in Kiel

Am 22. und 23. November 1974 fand in Kiel der Gesundheitspolitische Kongreß der CDU statt, dessen inhaltliche Vorbereitung vom Bundesfachausschuß für Gesundheitspolitik federführend geleistet wurde. An den Vorarbeiten war außerdem der Bundesfachausschuß für Sozialpolitik beteiligt.

Außenpolitische Kommission (Zeitraum 12.6.1973 - 11.3.1974)

Vors.: Walther Leisler Kiep MdB

Zwei Sitzungen.

Unterkommissionen

I. Westpolitik

Vors.: Dr. Franz-Josef Bach

II. Ost- und Deutschlandpolitik

Vors.: Dr. Alois Mertes MdB

III. Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland

Vors.: Prof. Dr. Hans Buchheim

IV. Europapolitik

Vors.: Dr. Reinhold Biskup

V. Entwicklungspolitik

Vors.: Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer MdB

Außenpolitische Kommission (Zeitraum 11.3.1974 - 30.9.1974)

Vors.: Dr. Gerhard Schröder MdB

Drei Sitzungen.

Themen:

- Ausarbeitung eines Katalogs der Kriterien zur Außenpolitik der Union
- Planspiele für außenpolitische Entscheidungsprozesse
- Ostvertragspolitik seit 1972
- Multilaterale europäische Konferenzen (in Vorbereitung)

Deutschlandpolitik

- Vorarbeiten zu einer Deutschlandpolitischen Konzeption
- Berlinpolitik
- Broschüre: Die Wirklichkeit in der DDR

Unterkommission

I. Entwicklungspolitik

Vors.: Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer MdB

Sechs Sitzungen.

Erstellung einer entwicklungspolitischen Konzeption (in Vorbereitung).

Bundesausschuß für Sicherheitspolitik (Zeitraum 25.8.1973
- 30.9.1974)

Vors.: Dr. Egon A. Klepsch MdB

Acht Sitzungen.

6 Arbeitsgruppen
Sitzungen: 4

1 Gesprächskreis
Sitzungen: 4

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Verfügungsbereitschaft, Kaderung, Generalkommandos
- Prüfungsverfahren für Wehrdienstverweigerer
- Öffentliches Dienstrecht für Soldaten und Zivilbedienstete der Streitkräfte
- Arbeitszeitregelung für Soldaten
- Kritik der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt

- Antrag F 11 und F 12 (Bundesparteitag 1973)

Themen:

- Entwurf einer Sicherheitspolitischen Konzeption
- Studie betr. Westeuropäische Verteidigungskonzeption
- Wehrstruktur der Bundeswehr (Truppen- und Kommandostruktur)
- Wehrdienst und Wehrdienstverweigerung (in Vorbereitung)
- Vorbereitung des Sicherheitspolitischen Kongresses am 9./10.1.1975 in Koblenz

Bundeskulturausschuß

Vors.: Kultusminister Dr. Bernhard Vogel MdL

Drei Sitzungen.

Themen:

- Berufliche Bildung
- Berufsbildungskongreß
- Hochschulzugang
- Hochschulrahmengesetz
- Weiterbildung: Erarbeitung des Konzepts der CDU
- Lehrerunion
- Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst (Lehrer)
- Besoldungsneuregelung (Lehrer)

Das Bildungsreferat betreute außerdem die abschließende Redaktion der Jugendpolitischen Leitsätze der CDU.

Ausschüsse und Arbeitskreise der Frauenvereinigung

Medienerziehung

Leitung: Dr. Dorothee Wilms (bis 31.12.1973)
" Dr. Anne Beelitz (ab 1.1.1974)

Neun Sitzungen.

Themen:

- Erarbeitung von Papieren "Hinweise zur Pressearbeit"
- "Hinweise zum kritischen Fernsehen"
- Ausarbeitung einer Konzeption zur Durchführung eines medienpädagogischen Fachkongresses in Berlin
- Kabelfernsehen
- Erarbeitung einer Vorlage zum Umgang mit Rundfunk und Fernsehen
- Medienwirkungsforschung

Verbraucherausschuß

Leitung: Irma Blohm

Sechs Sitzungen

Themen:

- Ladenschlußgesetz
- Stellung des Verbrauchers in der Marktwirtschaft
- Einfluß der Werbung
- Verbraucherpolitisches Programm

Programmkommission

Leitung: Dr. Monika Christians

Sieben Sitzungen

Fortführung der Vorbereitung eines Grundsatzprogramms der Frauenvereinigung, das auf dem Delegiertentag der Frauenvereinigung am 21. - 23. Februar 1975 verabschiedet werden soll.

Bundesausschuß für Agrarpolitik

Vors.: Gustav Niermann MdL

Fünf Sitzungen

Themen:

Agrarprogramm der CDU und der CSU (Agrarpolitik in einer freien Gesellschaft)

ad-hoc-Kommission Milchwirtschaft

Vors.: Staatssekretär Hebbeln (Schleswig-Holstein)

Zwei Sitzungen

ad-hoc-Kommission Baubodenrecht

Vors.: Staatssekretär Hebbeln

Eine Sitzung

ad-hoc-Kommission Agrarprogramm

Vors.: Staatssekretär Hebbeln

Drei Sitzungen

Broschüren: Agrarprogramm

- Veröffentlichungen im Agrarbrief - Fragen zum gemeinsamen
Milchmarkt
- Einkommensübertragungen
in der Landwirtschaft

ad-hoc-Kommissionen der Bundespartei

Kommission "Frauen"

Leitung: Dr. Helga Wex MdB

Acht Sitzungen

Themen:

- Soziale Sicherung der Frau
- Familienlastenausgleich
- Rechtsfragen

Öffentliches Hearing in Zusammenarbeit mit der Kommission
"Familie".

Kommission "Jugend"

Leitung: Dietrich Rollmann MdB

Die Kommission hat für das Präsidium und den Bundesvorstand
der Partei "Jugendpolitische Leitsätze" vorbereitet und
abschließend überarbeitet.

Abteilung Information/Dokumentation

1. Die Abteilung Information/Dokumentation hat am
1.9.1973 die UiD-Redaktion übernommen. Für den UiD
wurde in Zusammenarbeit mit den Landes- und Kreisver-
bänden (Fragebogen-Aktion usw.) in Inhalt und For-
mat eine "neue Form" entwickelt, deren 1. Nummer
am 7.3.1973 erschienen ist.

Zugleich wurde durch ein anderes Druckverfahren die
Herstellungszeit des UiD erheblich verkürzt.

2. Zusätzlich zu den Standard-Diensten (5 verschiedene
Presseschauen, Tagesdienst, Interne Informationen)
hat die Abteilung für 3 Landtagswahlen gemeinsam
mit den jeweiligen Landesverbänden Wahlkampfinforma-
tionsdienste erstellt.

WKI Hamburg 16.1.1974 - 28.2.1974 22 Ausgaben

WKI Niedersachsen 17.4.1974 - 6.6.1974 25 Ausgaben
WKI Hessen 16.9.1974 - 24.10. 1974 19 Ausgaben

3. Die Zahl der Anfragen und Material-Anforderungen in der Dokumentation/Archiv hat sich im Berichtszeitraum weiter erhöht, auf im Durchschnitt

Telefonauskünfte: täglich 30 - 40
Materialzusammenstellungen: monatlich 480
insgesamt 20.500 Kopien von Archivmaterial

Anfragen und Materialanforderungen werden gestellt vom:

- den Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle
- Bundes- und Landtagsfraktionen
- Landes- und Kreisverbänden
- Presse, Rundfunk und Fernsehen
- Verbänden
- Instituten
- Einzelpersonen.

Hauptabteilung III

Presse- und Öffentlichkeits- arbeit

Abteilung Medienpolitik

Medienkongress

Die Vorbereitung und die Durchführung des Medienkongresses der CDU/CSU in München sowie die Auswertung seiner Ergebnisse bildeten den Schwerpunkt der medienpolitischen Arbeit. Unter Leitung des medienpolitischen Beauftragten des CDU-Präsidiums, Heinrich Köppler, und des Vorsitzenden der medienpolitischen Kommission von CDU und CSU, Dr. Fritz Zimmermann, wurden im Oktober 1973 Ziel und Form des Kongresses festgelegt. In Abstimmung mit den zuständigen Referenten der CSU wurde ein inhaltliches und organisatorisches Konzept erarbeitet und entsprechend der Zielsetzung, einen offenen medienpolitischen Kongress zu veranstalten, mit zahlreichen Fachleuten der medienpolitischen Thematik aus Funk, Fernsehen, Presse, Verbänden, Wissenschaft und Politik diskutiert. Es folgen eine Reihe von vorbereiteten Tagungen mit den Sachkennern für die verschiedenen Arbeitskreise des medienpolitischen Kongresses.

Rund 400 Teilnehmer kamen zu dem Medienkongress in München, der am 30. und 31. Mai 1974 stattfand. Der Kongress verzeichnete sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den interessierten Fachkreisen eine breite und insgesamt positive Resonanz.

Medienpolitische Willensbildung

Die Ergebnisse des Münchener Medienkongresses, der Entwurf eines Medienpapiers und die dazu vorliegenden Anträge und Empfehlungen aus allen Gliederungen der Partei bilden die

Grundlage für die Endfassung eines medienpolitischen Konzepts der Unionsparteien. Die Geschäftsführung für die Abwicklung bis zur endgültigen Beschlußfassung obliegt der Abteilung Medienpolitik.

Als Grundlage für die medienpolitische Diskussion wurde das Material des medienpolitischen Kongresses ausgewertet und zu einer medienpolitischen Materialsammlung zusammengestellt, die Ende des Jahres 1974 erscheinen wird.

Eine vom CDU-Präsidium im Dezember 1973 eingesetzte Kommission zur Mitbestimmung in Hörfunk und Fernsehen hat unter Leitung des CDU-Bundesvorstands-Mitglieds Peter Lorenz in fünf Sitzungen (14.1. / 23.1. / 13.2. / 4.3. / 13.5.) Leitsätze erarbeitet, die am 16. September 1974 vom Präsidium der CDU in Berlin einstimmig verabschiedet wurden. Die Geschäftsführung der Kommission oblag der medienpolitischen Abteilung, die auch für die Weiterleitung des Präsidiumsbeschlusses an die zuständigen Gremienmitglieder und die interessierte Öffentlichkeit sorgte.

Informationsarbeit

Am 3. Dezember 1973 traf das CDU-Präsidium mit den Gremienmitgliedern der CDU/CSU in den Rundfunk- und Fernsehanstalten zusammen.

Wichtigstes Ergebnis dieser Zusammenkunft: die Verbesserung der Informationsvermittlung durch die Bundesgeschäftsstelle. Inzwischen erhalten alle Gremienmitglieder der Partei in den Rundfunkanstalten regelmäßig einen medienpolitischen Informationsdienst. Ebenso verstärkt wurde die Information für die einzelnen Fachdienste im medienpolitischen Bereich.

Regelmäßig wurden Unterlagen für den Medienbeauftragten des Präsidiums und den Vorsitzenden der Medienkommission erstellt.

Auf Nachfrage von Interessenten und Institutionen wurde Informationsmaterial zur Medienpolitik der Partei ausgegeben (Stellungnahmen, Erklärungen, Artikel, Medienpapier etc.).

Außerdem wurden zahlreiche Medienkenner der Union für Referate, Diskussionen, Parteiveranstaltungen sowie Fachtagungen von Verbänden und kirchlichen Organisationen vermittelt.

Kontakte

22. Oktober 1973: Kontaktgespräch zwischen CDU-Präsidium und dem Präsidium des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) über aktuelle medienpolitische Fragen in Bonn.

Regelmäßige Kontakte der medienpolitischen Abteilung mit offiziellen Vertretern der ARD-Anstalten und des ZDF, ebenso mit Vertretern des deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenwesens.

Organisation und Geschäftsführung der Vorbesprechungen der Gremienvorsitzenden der CDU/CSU anlässlich der ARD-Hauptversammlungen (Juli 1973 in Köln / Dezember 1973 in Baden-Baden / Juli 1974 in Hamburg).

In Zusammenarbeit zwischen der medienpolitischen Abteilung der Bundesgeschäftsstelle und der Politischen Akademie Eichholz wurde die Studientagung für Rundfunkjournalisten aus allen Anstalten der ARD und des ZDF vom 15. bis 17. 10. 1973 organisiert. Hauptthema: die Medienpapiere von SPD, CDU/CSU und FDP. Außerdem fanden Abenddiskussionen mit verschiedenen CDU-Politikern, u.a. dem Generalsekretär Prof. Biedenkopf und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Köppler statt. Am 25./26.11.1974 fand eine weitere Studientagung in der Politischen Akademie Eichholz statt.

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

In der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit ergaben sich im Berichtszeitraum erhebliche Veränderungen. Aufgrund der Erfahrungen des Bundestagswahlkampfes 1972 wurde zuerst der Bereich Werbetechnik und Produktion, danach der kreative Bereich verstärkt. Es ist sichergestellt, daß das für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei zur Verfügung gestellte Material in bestmöglicher Qualität und zu günstigen Preisen angeboten werden kann. Es ist bislang gelungen, trotz der enormen Preissteigerungen auf dem Papiermarkt und im gesamten Druckgewerbe die Preise stabil zu halten.

Dank der verbesserten Ausstattung der Abteilung konnte damit begonnen werden, den Vereinigungen der Partei auf Bundesebene Hilfestellung bei der Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zu geben. Als Beispiel können hier die Mithilfe bei der Gestaltung des Kongresses "Humanität im Arbeitsleben" sowie bei der Bundestagung des EAK "Zukunft und Hoffnung" angeführt werden.

Das Berliner Programm, die Beschlüsse des Hamburger Parteitages und die Berichte der Grundsatzkommission sind in vielfältiger Form herausgegeben worden, ergänzt durch politische Positionsbestimmungen in Reden von Helmut Kohl, Kurt H. Biedenkopf, Karl Carstens und Richard von Weizsäcker.

Mit diesen argumentativen Materialien konnten die Kreisverbände Öffentlichkeitsarbeit betreiben, um die politischen Grundsätze der Union zu verdeutlichen. Diese Grundsatzmaterialien sind in Auflagen von über 1/2 Million verteilt worden.

1. Aktionen

Zu einem wichtigen Instrument der Öffentlichkeitsarbeit haben sich zwei umfassend angelegte Aktionen im Jahr 1974 ent-

wickelt. Im Rahmen dieser Aktion wird den Kreis- und Ortsverbänden ein auf das jeweilige Aktionsthema bezogenes, in sich abgeschlossenes Programm angeboten. Dazu gehören verschiedene Werbe- und Aktionsmittel, aber auch Aktionsvorschläge und Motivierungsmaßnahmen.

1. Aktion "Das gesellschaftspolitische Programm der CDU"
----- - Beschlüsse des Hamburger Parteitages-----

Im Winter 1973/74 wurden die Beschlüsse des Hamburger Parteitages verbreitet. Umfangreiche Dokumentationen wurden für Wochenzeitungen, Akademien, Schülerzeitungen und ähnliche Institutionen versendet. Außerdem wurden die Beschlüsse mit folgenden Materialien bekanntgemacht:

Grundsatzrede Dr. Helmut Kohl:
Bereit zur Verantwortung

Beschlußbroschüre:
Die Beschlüsse des 22. Parteitages mit Argumentationsanleitung

Argumentationsdoppelkarte:
Argumente zur Bodenrechtspolitik

Argumentationsdoppelkarte:
Argumente zur Beruflichen Bildung

Argumentationsdoppelkarte:
Argumente zur Gesellschaftspolitik der CDU

Faltprospekt Bodenrecht

Faltprospekt Berufliche Bildung

Faltprospekt Mitbestimmung

Faltprospekt Vermögensbildung

Wandzeitung DIN A 2 quer

Aktionsplakat A 1

Broschüre Grundsatzarbeit
Materialien zur Grundsatzarbeit der CDU mit dem 1. und 2.
Bericht der Grundsatzkommission

2. Aktion "Verfassung der Freiheit"

Im Frühjahr 1974 wurde die Aktion "Verfassung der Freiheit" durchgeführt. Ausgangspunkt war die 25. Wiederkehr des Tages der Verabschiedung und des Inkrafttretens des Grundgesetzes sowie die Erinnerung an verschiedene wichtige Daten im Zusammenhang mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Folgende Werbemittel wurden im Rahmen dieser Aktion angeboten:

Wandzeitung "Verfassung der Freiheit"

Faltprospekt "Verfassung der Freiheit"

Plakat für Veranstaltungsankündigungen

Reproduktionsvorlage für ein Flugblatt

Dokumentation "25 Jahre Grundgesetz - Verfassung der Freiheit"

3. Sommeraktion

Für die Arbeit in der Sommerpause wurden den Kreis- und Ortsverbänden erstmalig über den UiD verschiedene Möglichkeiten der Parteiarbeit in diesem Zeitraum des Jahres vorgestellt. Die Vorschläge zielten insbesondere auf die Gebiete, in denen sich Ferien- und Kurgäste aufhalten.

Zu diesen Vorschlägen wurde ein Angebot der Werbe- und Informationsmaterialien zusammengestellt die sich für solche Sommerkationen eignen.

4. Aktion "Klarheit in Bonn"

Die Aktion "Klarheit in Bonn" im Herbst dieses Jahres befaßte sich mit den unaufgeklärten Skandalen der SPD. Bei dieser Aktion wurde durch Briefe an die Kreisgeschäftsführer der CDU sowie die Kreisvorsitzenden der Jungen Union und der Frauenvereinigung erstmalig über den Rahmen der UiD-Bezieher hinaus um die Mitarbeit der Parteigliederungen gebeten. Der bisherige Verlauf dieser Aktion hat gezeigt, daß sowohl das

Aktionsthema wie auch die der Partei angebotenen Werbemittel gute Aufnahme gefunden haben. Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit wird diese Form der Parteiarbeit weiter verbessern.

Im Rahmen der Aktion "Klarheit in Bonn" wurden folgende Werbemittel angeboten:

Flugblatt "Nebel in Bonn - Klarheit in Bonn"

Broschüre "Nebel in Bonn"

Argumentationskarte "Klarheit in Bonn"

Wandzeitung "Nebel in Bonn - Klarheit in Bonn"

Poster "Opa erzählt das Märchen von Brandur dem Willygen"

Dokumentation "Watergate in Bonn?"

Aktionsvorschläge

2. Mitgliederwerbung

Das von der Bundesgeschäftsstelle erarbeitete Kontakter-Modell ist von vielen Landes-, Kreis- und Ortsverbänden mit Erfolg angewandt worden, wobei von der Bundesgeschäftsstelle immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß dies nur ein Modell unter mehreren ist und daß dieser Vorschlag auf die jeweilige Situation des veranstaltenden Verbandes zugeschnitten werden kann.

Kern des Modells ist die persönliche Ansprache von Zielpersonen. Von der Bundesgeschäftsstelle wird Hilfeleistung in Zusammenarbeit mit den Landesgeschäftsstellen, insbesondere bei der Planung und Vorbereitung von Aktionen sowie bei der Schulung von Aktionsleitern geleistet. Diese Aktionsleiter wiederum schulen ihre "Kontakter" aus den Kreis- und Ortsverbänden. Als Erfahrungssatz hat sich herausgestellt, daß im Schnitt jede dritte angesprochene Person Mitglied der CDU wird.

In etwa 160 CDU-Kreisverbänden wurden Aktionen nach diesem Modell durchgeführt, weitere sind in der Planung.

Mit Unterstützung der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit sind in diesem Jahr 34 Seminare für Mitgliederwerbung durchgeführt worden. 600 Aktionsleiter und Kontakter der Landes-, Kreis- und Ortsverbände haben an diesen Seminaren teilgenommen. Für die Unterstützung der Mitgliederwerbeaktionen in den Gliederungen unserer Partei werden von der Bundesgeschäftsstelle ein "Leitfaden für Kontakter", Schulungsmaterial sowie Unterlagen für die Durchführung der Aktionen kostenlos zur Verfügung gestellt.

3. Zusammenarbeit mit den Landes- und Kreisverbänden

Die Zusammenarbeit der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit mit den Landes- und Kreisverbänden konnte weiter verbessert werden. Der UiD wurde verstärkt genutzt, um Anregungen für die Öffentlichkeitsarbeit zu geben und das Gesamtangebot aller zur Verfügung stehenden Werbemittel vorzustellen.

Bei der Zusammenarbeit wird zur Zeit folgendes Verfahren angewandt:

- 1) Von allen Werbematerialien erhalten die Kreisverbände zunächst eine kostenlose Grundausstattung. Nachbestellungen der Kreisverbände sind an das Versandzentrum zu richten und werden von dort aus durchgeführt.
- 2) Als Bestellhilfe für die Kreisverbände wird in regelmäßigen Abständen das Gesamtangebot aller zur Verfügung stehenden Werbemittel der Bundespartei im UiD abgedruckt.
- 3) Neuerscheinungen werden mit Abbildungen im UiD vorgestellt.

- 4) Von Broschüren und anderem Informationsmaterial wird jeweils ein Ansichtsexemplar mit Bestellkarte verschickt, so daß der Kreisverband seine Bestellungen disponieren kann. Wandzeitungen erhält jeder Kreisverband kostenlos in 25 Exemplaren.

4. Versandzentrum

Die im Verlauf des Wahlkampfes 1972 aufgetretenen Schwierigkeiten mit dem Versandzentrum konnten im Berichtszeitraum weitgehend beseitigt werden.

5. Materialien

Von der Bundesgeschäftsstelle wurden im Berichtszeitraum folgende Materialien erstellt und angeboten:

A. Broschürenserie "Argumente-Dokumente-Materialien"

	<u>Auflage</u>
1. Dokumentation zum Grundvertrag	10.000
2. Dokumentation zur Reform des § 218 StGB	10.000
3. Chronologie der wirtschafts- und währungs- politischen Ereignisse	10.000
4. Mitbestimmung in Unternehmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	5.000
5. Dokumentation zur Strukturpolitik	10.000
6. Dokumentation zur Inneren Sicherheit	5.000
7. Berliner Programm - Verwirklichung durch CDU-Initiativen	5.000
8. Dokumentation zum Karlsruher Urteil	5.000
9. Zweites Hearing der CDU mit Sportvereinen	10.000
10. Pläne der CDU zur Sportförderung	10.000
11. Hearing zum Bundesmelde- und Bundesdaten- schutzgesetz	5.000
12. Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst	5.000

	<u>Auflage</u>
13. Agrarpolitik in einer freien Gesellschaft.	5.000
14. Sportprogramm der CDU	10.000
15. Nebel in Bonn - Skandale warten auf Klärung -	30.000
B. <u>Reden</u>	
Helmut Kohl: "Aufbruch in die Zukunft, Grundsatz- rede vom 21. Bundesparteitag in Bonn	15.000
Karl Carstens: "Ziele setzen, vor denen wir be- stehen können", Bundestagsrede zur Haushaltsde- batte am 18. 6. 1973	10.000
Kurt H. Biedenkopf: "Erneuern und Bewahren", Rede vom Landesparteitag der CDU Baden-Württem- berg am 23. 6. 1973	10.000
Helmut Kohl: "Bereit zur Verantwortung", Grund- satzrede auf dem 22. Bundesparteitag	40.000
Kurt H. Biedenkopf: "Die Politik der Unionspar- teien - die freiheitliche Alternative zum Sozia- lismus", Vortrag vor der Katholischen Akademie in München	50.000
Karl Carstens: "Unsere freiheitliche und soziale Ordnung bewahren und erneuern", Bundestagsrede zur Verfassungsdebatte	10.000
Kurt H. Biedenkopf: "Solidarität und Subsidiari- tät", Vortrag auf dem Wirtschaftstag '74 in Bonn	20.000
Helmut Kohl: "Die Zukunft unserer Städte und Ge- meinden - Herausforderung freiheitlicher Gesell- schaftspolitik", Kurzfassung der Rede auf dem Kommunalpolitischen Kongress der CDU/CSU in Bonn	10.000
Helmut Kohl: "CDU und Gewerkschaften", Beitrag für die "Gewerkschaftlichen Monatshefte"	10.000
C. <u>Wandzeitungen</u>	
Geteilte Macht schützt vor Gleichschaltung (zu den Aufgaben des Bundesrates)	10.000

	<u>Auflage</u>
Zur Kasse bitte (zu den Steuererhöhungsbeschlüssen)	10.000
Aufbruch in die Zukunft (zu dem neugewählten Bundesvorstand)	10.000
CDU diskutiert (zu den Themen des Hamburger Parteitages)	10.000
Alle reden über Preise - die SPD macht sie (zur Verbraucheraufklärung)	10.000
Ihre Lohntüte hat die Schwindsucht (zum Steuerentlastungsgesetz)	10.000
Verfassung der Freiheit	11.000
CDU-Politik mit dem Bürger - für den Bürger	11.000
Steuerreform	11.000
Viele meinen, es gäbe die CDU fünffach	11.000
Nebel in Bonn - Klarheit in Bonn	11.000
D. <u>Regiebücher</u>	
Regiebuch 1: Mitgliederwerbung Mitgliederwerbung nach dem Kontaktermodell	25.000
Regiebuch 2: Neubürgerbetreuung CDU-Nachbarschaftshilfe für Neubürger	15.000
Regiebuch 3: Mitgliederinitiativen Anleitungen für Bürgerini- tiativen und Soziale Dienste	15.000
Regiebuch 4: Wahlkampfbuch	10.000
E. <u>Materialien zum Hamburger Parteitag</u>	
Zur Vorbereitung	
1. Monatsblattbeilage zu den Themen	
- Bodenrecht	
- Vermögensbildung	
- Berufliche Bildung	
- Mitbestimmung	100.000

	<u>Auflage</u>
2. Einzelbroschüren zu den Themen Auflage je	5.000
3. Wandzeitung - CDU diskutiert	10.000
 <u>Aktionsmaterial für die Nacharbeit des Hamburger Parteitages</u>	
Grundsatzrede Dr. Helmut Kohl: Bereit zur Verantwortung	40.000
Beschlußbroschüre: Die Beschlüsse des 22. Parteitages mit Argumentationsanleitung	100.000
Argumentationsdoppelkarte: Argumente zur Bodenrechtspolitik	60.000
Argumentationsdoppelkarte: Argumente zur Beruflichen Bildung	100.000
Argumentationsdoppelkarte: Argumente zur Mitbestimmungspolitik	50.000
Argumentationsdoppelkarte: Argumente zur Vermögenspolitik	60.000
Argumentationsdoppelkarte: Argumente zur Gesellschaftspolitik der CDU	50.000
Faltprospekt Bodenrecht	200.000
Faltprospekt Berufliche Bildung	300.000
Faltprospekt Mitbestimmung	200.000
Faltprospekt Vermögensbildung	300.000
Wandzeitung DIN A 2 quer	11.000
Aktionsplakat A 1 (Veranstaltungsrahmen-Plakat)	10.000
Broschüre Grundsatzarbeit Materialien zur Grundsatzarbeit der CDU mit dem 1. und 2. Bericht der Grundsatzkommission	100.000

<u>F. Aktionen</u>	<u>Auflage</u>
1. Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag	
- Flugblatt "Die Deutsche Einheit bleibt Verfassungsgebot"	500.000
- Argumentationskarte "Karlsruher Urteil"	50.000
- Broschüre in der Serie "Argumente-Dokumente - Materialien" "Das Karlsruher Urteil über die Verfassungsmäßigkeit des Grundvertrages"	5.000
2. Aktion: Preise + Verbraucher "Alle reden über Preise - die SPD macht sie"	
Argumentationskarte	50.000
Wandzeitung	11.000
Flugblatt	700.000
3. Aktion: Steuerentlastungsgesetz "Ihre Lohntüte hat die Schwindsucht"	
Wandzeitung	11.000
Faltblatt	250.000
4. Aktion: Verfassungsmonat "Verfassung der Freiheit"	
Wandzeitung	11.000
Faltprospekt	700.000
Rahmenplakat	10.000
Broschüre "25 Jahre Grundgesetz"	10.000
5. Aktion: Steuerreform	
Wandzeitung	11.000
Argumentationskarte	50.000
Flugblatt	650.000

Auflage

6. Aktion: "Klarheit in Bonn"

Flugblatt	800.000
Wandzeitung	11.000
Poster	10.000
Broschüre	30.000
Argumentationskarte	80.000

G. Argumentationskarten

- Karlsruher Urteil	50.000
- Radikale	50.000
- Bildungspolitik	50.000
- Umweltschutz	50.000
- Juso-Zitate	50.000
- Sicherheitspolitik	50.000
- Steuererhöhungsbeschlüsse	50.000
- Hochschulpolitik	50.000
- Verbraucherpolitik	100.000
- S P D	50.000
- Renten	50.000
- Godesberger Programm	60.000
- Alle reden über Preise - die SPD macht sie	50.000
- Bodenrecht	60.000
- Berufliche Bildung	100.000
- Mitbestimmung	50.000
- Vermögensbildung	60.000
- Gesellschaftspolitik	50.000
- Sichere Arbeitsplätze	50.000
- Umweltschutz	60.000
- Preise	50.000
- Verbrechensbekämpfung	60.000
- Wirtschaftspolitik	50.000
- Paragraph 218	50.000
- Energiepolitik	50.000
- Mitbestimmung	50.000

	<u>Auflage</u>
- Sicherheitspolitik (neu)	50.000
- Agrarpolitik	50.000
- Frauen	50.000
- Bildungsinhalte	50.000
- Steuerreform	50.000
- Bundesrat	50.000
- Numerus clausus	50.000
- Familienprogramm	50.000
- Mutter und Kind	50.000
- Nebel in Bonn	80.000

H. Flugblätter

Die Deutsche Einheit bleibt Verfassungsgebot	500.000
Verbraucher	500.000
Arbeitsplatzsicherung	500.000
Umweltschutz	500.000
Preise	570.000
Kriminalität	500.000
Soziale Demontage	100.000
Steuerreform	650.000
Nebel in Bonn - Klarheit in Bonn	800.000

I. Faltprospekte

Personalprospekt Helmut Kohl	150.000
Personalprospekt Stoltenberg	100.000
Personalprospekt Köppler	100.000
Personalprospekt Filbinger	100.000
Personalprospekt Katzer	100.000
Personalprospekt Wex	50.000
Personalprospekt Kiep	100.000
Personalprospekt Erhard	25.000
Personalprospekt Kiesinger	25.000

	<u>Auflage</u>
Personalprospekt von Hassel	50.000
Personalprospekt Carstens	150.000
Mitgliederwerbeprospekt "Ergreifen Sie Partei"	950.000
Steuerentlastung	350.000
Bodenrecht	200.000
Berufliche Bildung	300.000
Mitbestimmung	200.000
Vermögensbildung	300.000
Lehrlingsfaltprospekt	200.000
Verfassung der Freiheit	700.000
Welche Rechte haben Eltern?	200.000
Noch nie wurde die Bundesrepublik so schlecht regiert wie heute	200.000
Politik mit dem Bürger für den Bürger	200.000
Weltmeisterschaftskalender	1.000.000

Sprecher der Partei

Pressestelle: Redaktion "Deutsches Monatsblatt" und
"Deutschland-Union-Dienst"

Der Sprecher der CDU hatte die Politik der Partei gegenüber den Medien zu vertreten, mit Pressekonferenzen, Kontaktgesprächen und Redaktionsbesuchen für eine rege Kommunikation und für gute sachliche und menschliche Beziehungen zwischen der Union und Presse, Funk und Fernsehen zu sorgen sowie den führenden Politikern der CDU eine publizistische Plattform bei den Medien zu verschaffen.

Im Berichtszeitraum wurden die Kontakte zu den Bonner Büros von Presse, Funk und Fernsehen intensiviert: durch Einzel- und Gruppengespräche mit Bonner Journalisten, durch Besuche in den Zentralredaktionen, durch Vorbereitung, Leitung und Nacharbeit von Pressekonferenzen mit CDU-Spitzenpolitikern und durch Erklärungen und Stellungnahmen des Sprechers zu aktuellen politischen Fragen. Jeden Montag: Journalistenstammtisch. An allen Wahlabenden: Gesprächsrunde für Journalisten im Konrad-Adenauer-Haus.

1974 wurden bisher rund 120 schriftliche, in den Pressehäusern verteilte Sprechererklärungen herausgegeben, etwa 60 Artikel des Sprechers und seines Stellvertreters im Deutschland-Union-Dienst veröffentlicht und eine Vielzahl von telefonischen oder fernschriftlichen Stellungnahmen abgegeben.

Die Pressestelle hat nach politischen Sachbereichen gegliederte Journalistenkarteien angelegt.

Die Koordination der Pressearbeit in der CDU konnte verstärkt werden. Dies geschieht durch telefonische ad-hoc-Abgesprachen mit dem Sprecher der Bundestagsfraktion und vor allem durch regelmäßige Treffen der Pressereferenten der CDU-Landesverbände, der CDU-Landtagsfraktionen und der CSU-Pressestellen im Generalsekretariat und Maximilianeum mit der Pressestelle der CDU. Diese Sitzungen finden unter der Leitung des CDU-Sprechers im Abstand von etwa drei Monaten statt, dienen der gegenseitigen Unterrichtung und Absprache der Vorhaben.

Einen wichtigen Rang nahmen die Betreuung des Hamburger Parteitages 1973 sowie der Kongresse der CDU im Jahre 1974 ein.

Redaktion Deutschland-Union-Dienst

Der täglich erscheinende Deutschland-Union-Dienst konnte seine Position als meistzitiertester Parteipressedienst ausbauen. Der Nachrichtenteil wurde intensiviert.

Redaktion Deutsches Monatsblatt

Aufmachung und Themenwahl, die Mitarbeit von einer Reihe von qualifizierten Journalisten wurde von den Lesern nicht zuletzt durch einen Anstieg der Leserbriefe honoriert.

Wichtigstes Ereignis des Jahres: die Umstellung auf Magazin-Format mit der Oktober-Ausgabe 1974.

Büro für Auswärtige Beziehungen

I. Internationale Zusammenarbeit mit befreundeten und nahestehenden Parteien, bilateral und multilateral, in den bestehenden Organisationen (insbesondere EUCD)

1. 1973 bereitete das Büro für Auswärtige Beziehungen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) zwei Kongresse in Deutschland vor:
 - a) den Regionalkongreß der EUCD in München vom 28. - 30. Juni 1973 (in Zusammenarbeit mit der CSU),
 - b) den Europakongreß der EUCD vom 8. - 10. November 1973 in Bonn.

2. Nach der Wahl Kai-Uwe von Hassels zum neuen Präsidenten der EUCD wurde ein Teil der Aufgaben des Generalsekretariats der EUCD vom Büro für Auswärtige Beziehungen übernommen. Sein Leiter wurde zum stellvertretenden Generalsekretär gewählt. Die neuen Tätigkeiten verlangen die Vorbereitung der turnusmäßigen Sitzungen des Präsidiums und Vorstandes der EUCD, der sieben Fachausschüsse sowie des Präsidiums der Weltunion der christlichen Demokraten. Der stellvertretende Generalsekretär nimmt an den Sitzungen der Führungsgremien und bestimmter Fachausschüsse teil.

Zu weiteren nahestehenden oder befreundeten Parteien, wie den britischen und skandinavischen Konservativen sowie den nicht zur EUCD gehörenden französischen Parteien, vornehmlich der Mitte, bestehen ständige bilaterale Beziehungen.

Im Mai 1974 fand eine Sitzung der Inter-Party Conference in Helsinki statt, auf der Länderberichte vorgelegt und die außenpolitische Lage Europas,

besonders im Hinblick auf KSZE und MBFR, erörtert wurden. Im Juni 1974 wurde ein intensiver Meinungsaustausch im Haag zwischen den holländischen christdemokratischen Parteien und der CDU unter Teilnahme des Generalsekretärs über Fragen der Gesellschaftspolitik durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit Partei und Fraktion werden Maßnahmen zur Unterstützung demokratischer Kräfte, vor allem in Portugal, eingeleitet und zum Teil schon realisiert. Reisen des Leiters des Büros nach Portugal und Griechenland, jeweils unmittelbar nach den politischen Umwälzungen, dienten der Aufnahme von Verbindungen zu den in beiden Ländern sich formierenden demokratischen Kräften.

Das Büro für Auswärtige Beziehungen beteiligt sich an den Vorarbeiten für eine europäische christlich-demokratische Partei. Zu diesem Zweck ist eine internationale Kommission geschaffen worden aus Vertretern von Parteien und der CD-Fraktion des Europa-Parlaments. Sie tagte im Juli 1974 zum ersten Male.

Vergleiche zwischen den Programmen der CDU, einiger anderer christdemokratischer Parteien mit denen der konservativen Parteien Europas sollen die obigen Arbeiten nicht nur ergänzen, sondern eine Annäherung aller Parteien der Mitte im Sinne internationaler Zusammenarbeit begünstigen. Eine erste Begegnung fand im Oktober 1974 in Eichholz statt.

II. Information ausländischer Parteien und ausländischer Botschaften in Bonn sowie von CDU-Mitgliedern im Ausland

1. Für die Darstellung der CDU im Ausland wurden drei Broschüren in deutscher, englischer und französischer Sprache vorbereitet bzw. fertiggestellt:
 - Kurzdarstellung der Geschichte der CDU, ihrer Struktur und ihrer Aufgaben
 - Berliner Programm (z.Z. im Druck)
 - Beschlüsse des Bundesparteitages in Hamburg
 - Urteil und Begründung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag
 - Dieses Material ist interessierten Personen, Kreisen und Organisationen zugeschickt worden.
2. Um die Zeit bis zur Erstellung eines regelmäßig erscheinenden Informationsdienstes zu überbrücken, wurden den obengenannten Kreisen auch eine Reihe von politisch bedeutsamen Aussagen der CDU in mehreren Sprachen zugänglich gemacht. Einmal im Monat wird eine das Ausland besonders interessierende Information herausgegeben.

III. Kontakte zu

- den ausländischen Missionen in der Bundesrepublik
 - den deutschen auswärtigen Vertretungen
 - interessierten oder zu interessierende ausländischen Einzelpersonen, Organisationen und Instituten.
-

Mit den Botschaften in Bonn finden regelmäßig Gespräche statt. Die deutschen auswärtigen Vertretungen werden mit Informationsmaterial bedient; es wird versucht, mit den dortigen CDU-Mitgliedern in schriftlicher und persönlicher Verbindung zu bleiben.

Über das Büro für Auswärtige Beziehungen wurden zahlreiche ausländische Besucher an sie interessierende Gesprächspartner im Bundestag oder in der Bundespartei vermittelt. Viele Informationsgespräche wurden vom Büro übernommen. Über die Organisation "Inter Nationes" und den "Deutschen Akademischen Austauschdienst" wurden ausländische Gruppen verschiedenartiger Zusammensetzung (Studenten, Politiker usw.) betreut.

IV. Vorbereitung der Reisen von CDU-Politikern in das Ausland

Das Büro für Auswärtige Beziehungen vermittelt Kontakte bei Reisen von CDU-Politikern des Bundes und der Landtage. Bei der Vorbereitung dieser Reisen arbeitet das Büro auf Anfrage mit.

V. Verbindung zu CDU-Mitgliedern im Ausland

Hier wurde Informationsmaterial zur Verfügung gestellt und mit Rat und Tat bei sich ergebenden persönlichen Kontakten geholfen.

VI. Kontakte zu deutschen Auslandsgesellschaften

Mit verschiedenen deutschen Auslandsgesellschaften, so insbesondere dem Deutschen Rat der europäischen Bewegung und der Gesellschaft für auswärtige Politik, wurde engere Verbindung aufgenommen und die Zusammenarbeit intensiviert. Auch hier wird regelmäßig Informationsmaterial zur Verfügung gestellt.

VII. Kontakte zu Kreisverbänden und Besuchergruppen der CDU im Ausland

Das Büro für Auswärtige Beziehungen vermittelte Kontakte zwischen Kreisverbänden der CDU und befreundeten Parteien im Ausland.

VIII. Koordinierung mit der Bundestagsfraktion

Unter der Leitung von Herrn von Hassel finden in den Tagungswochen des Bundestages regelmäßige Arbeitssitzungen mit den an der Auslandsarbeit besonders interessierten Mitgliedern der Bundestagsfraktion statt, in denen Fragen der Auslandsbeziehungen der CDU erörtert werden.

Justitiar

Schwerpunkt der Tätigkeit des Justitiars im Berichtszeitraum war die schriftliche und mündliche Beantwortung zahlreicher rechtlicher Anfragen aus dem Bereich der CDU-Bundesgeschäftsstelle, mehrerer Landesverbände und einiger Kreisverbände der Partei. Besonders wichtig war die Aufstellung und Auswertung einer vergleichenden Übersicht über die Bestimmungen des Status der CDU und die entsprechenden Vorschriften der CDU-Landesverbände für die Organisationskommission der CDU sowie die laufende Beratung der Stiftung Versorgungswerk der CDU.

Planungsgruppe

Die Arbeit der Planungsgruppe ist gekennzeichnet durch Vielfalt der Aufgaben. Es wurden erste Analysen erstellt zu den Themenkreisen "Kollektive Güter", "Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft", "Freiheit und Gleichheit". Diese Themen waren auch Gegenstand eines ganztägigen Seminars in der Politischen Akademie Eichholz. Die Protokolle dieser Aussprache gingen ein in die weiteren Projekte der Planungsgruppe, nachdem sie ihre Arbeit auf fest umrissene mittel- und langfristige Projekte konzentrierte:

- Projekt 1: Die theoretischen Grundlagen der Politik der CDU
- Projekt 2: Das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit in der Gesellschaftspolitik
- Projekt 3: Steuerungskapazität von Regierung und Partei gegenüber organisierten Sozialinteressen
- Projekt 4: Freizeit als Problem einer künftigen Gesellschaftspolitik
- Projekt 5: Politische Ökonomie der SPD
- Projekt 6: Die politische Ideologie der SPD
- Projekt 7: Transformation der Werte und Präferenzen in der heutigen Gesellschaft
- Projekt 8: Prognose gesellschaftlicher Entwicklungen, Probleme und Engpässe
- Projekt 9: Die Bedeutung der Sprache für die politische Auseinandersetzung

Teile dieser Projekte sind bereits abgeschlossen und z.T. veröffentlicht (Monatsblatt und UiD) oder den Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle zur Kenntnisnahme zugeleitet worden. Andere Projekte sind in Arbeit durch Referenten der Planungsgruppe und Gutachter. Die Papiere werden in Zusammenarbeit mit der politischen Abteilung erstellt.

Grundsatzprogrammkommission

Die Grundsatzkommission hat zwischen dem 12.6.1973 und dem 20.11.1973 (Hamburger Parteitag) dreimal getagt. Zwei dieser Sitzungen dienten der abschließenden Vorbereitung des zweiten Zwischenberichtes der Grundsatzkommission, den sie zum Hamburger Parteitag vorlegte; die Sitzung am 8.10.1973 wurde zusammen mit der Grundsatzkommission der CSU zur gegenseitigen Information durchgeführt.

Der Hamburger Parteitag beschloß am 20.11.1973 auf Antrag des Bundesvorstandes, der damit eine Anregung der Grundsatzkommission aufgegriffen hatte; die Erarbeitung eines Grundsatzprogramms. Mit diesem Beschluß war der Auftrag dieser Grundsatzkommission erloschen.

In Ausführung des genannten Parteitagsbeschlusses setzte der Bundesvorstand am 18.3.1974 eine neue 14-köpfige Grundsatzprogrammkommission ein. Diese nahm am 30.4.1974 ihre Arbeit auf. Weitere Tagungen fanden am 22.6., 11.9. und 28.11.1974 statt. Ferner fanden vier Sitzungen von

Arbeitsgruppen statt, die die Grundsatzprogrammkommission aus ihrer Mitte heraus gebildet hatte. Die Sitzungen der Gesamtkommission und die Sitzungen der Arbeitsgruppen werden jeweils durch schriftliche Vorlagen vorbereitet.

Die Kommission hat ihr Aufgabengebiet in fünf Arbeitsbereiche gegliedert:

1. Menschenbild - Grundwerte - Volkspartei
2. Soziale Wirtschaftsordnung
3. Mensch in Familie, Gemeinde, Gesellschaft
4. Staat - Demokratie - Verfassung
5. Deutschland in Europa und der Welt

Neben den Sitzungen der Gesamtkommission und der Arbeitsgruppen bildet die Heranziehung von Sachverständigen den dritten Arbeitsschwerpunkt. Für alle Themenbereiche, die die Kommission bearbeitet, sind Gespräche mit Experten oder die Einholung von schriftlichen Gutachten von Sachverständigen geplant und zu einem Teil bereits durchgeführt.

Unternehmensrechtskommission

Die Unternehmensrechtskommission hat sich am 6. Juni 1974 zu ihrer konstituierenden Sitzung erstmalig zusammengefunden. Sie ist außerdem zusammengetreten am 6. Juli, 19. September und 8. November. Sie wird in Zukunft monatlich tagen und im 2. Quartal 1975 auch zu mehrtägigen Beratungen in Klausur gehen.

Die Sitzungen des Jahres 1974 waren ausschließlich zur Vertiefung der rechtspolitischen Problemstellung bestimmt, die durch die Beschlüsse des Hamburger Parteitages aufgeworfen wurde. Hierbei soll die Anhörung weiterer Experten vorbereitet und ermittelt werden. Diese Tätigkeit ist für das Jahr 1975 vorgesehen, so daß es möglich ist, im ersten Quartal 1976 einen Ergebnisbericht zur Reform des Unternehmensrechts vorzulegen.

Mitgliederbewegung Oktober 1973 - September 1974

Datum	Mitgliederstand	Zugänge	Abgänge	Zuwachs pro Monat	Quartal
31.10.73	451.295	4.895	2.478	+ 2.417	
30.11.73	454.410	5.326	2.211	+ 3.115	
31.12.73	457.393	5.526	2.543	+ 2.983	+ 8.515
31.01.74	462.488	10.529	5.434	+ 5.095	
28.02.74	468.699	9.743	3.532	+ 6.211	
31.03.74	476.308	12.001	4.392	+ 7.609	+ 18.915
30.04.74	485.825	16.987	7.470	+ 9.517	
31.05.74	495.977	14.085	3.933	+ 10.152	
30.06.74	502.087	7.929	1.819	+ 6.110	+ 25.779
31.07.74	506.821	6.815	2.081	+ 4.734	
31.08.74	509.518	6.129	3.432	+ 2.697	
30.09.74	512.172	7.336	4.682	+ 2.654	+ 10.085
zusammen in 12 Monaten:		107.301	44.007	+ 63.294	+ 63.294

Mitgliederzuwachs bei den Landesverbänden
1. Oktober 1973 bis 30. September 1974

Landesverband	Mitgl.- stand am 30.9.73	Mitgl.- stand am 30.9.74	Mitgliederzuwachs 1.10.73 bis 30.9.74: in Zahlen
Baden-Württemberg	59.079	62.317	3.238
Berlin	9.917	11.035	1.118
Bremen	2.469	2.895	426
Hamburg	7.702	8.850	1.148
Hessen	41.206	47.989	6.783
Braunschweig	5.221	6.204	983
Hannover	45.296	55.994	10.698
Oldenburg	9.305	11.281	1.976
Rheinland	90.307	99.861	9.554
Westfalen	80.361	89.685	9.324
Rheinland-Pfalz	52.274	60.585	8.311
Saar	20.726	24.984	4.258
Schleswig-Holstein	25.015	30.492	5.477
Bund	448.878	512.172	63.294

Mitgliederstand

nach dem Stande vom 30.9.1974 in aufsteigenden Zahlen

Landesverbände

Bremen	2.895
Braunschweig	6.204
Hamburg	8.850
Berlin	11.035
Oldenburg	11.281
Saar	24.984
Schleswig-Holstein	30.492
Hessen	47.989
Hannover	55.994
Rheinland-Pfalz	60.585
Baden-Württemberg	62.317
Westfalen	89.685
Rheinland	99.861

13 Landesverbände mit 512.172 Mitgliedern

Zahl der Kreisverbände
am 30.9.1974 = 294

Durchschnittl. Mitglieder-
stand pro Kreisverband = 1.742

Die 10 kleinsten Kreisverbände

Emden	244
Wittgenstein	294
Bergedorf	320
Heidenheim	348
Hohenlohekreis	394
Speyer-St.	396
Einbeck	410
Frankenthal	412
Delmenhorst	413
Wanne-Eickel	421

Die 10 größten Kreisverbände

Bonn	6.656
Köln-St.	6.603
Rhein-Siegkreis	6.510
Recklinghausen-St.	5.174
Hannover-L.	5.126
Düsseldorf-St.	5.110
Essen	5.006
Saarlouis	4.999
Kleve	4.904
Düren	4.308

Stand: 30.9.1974

CDU

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

